

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herr. Dr. Schles, Hofsieberant, Dr. Gerber u. Breitestr.-Edt., Otto Gieck, in Firma J. Lemann, Wilhelmstraße 8.

Verantwortlicher Redakteur:
J. B. J. Bachfeld
in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annover-Expeditionen, Aud. Rose, Haaken & Vogel, J. & C. L. Daude & Co., Invalidenamt.

Berantwortlich für den Inseratenhüll:
J. Klugkist
in Posen.

Posen-Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 286

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich **drei Mal**, an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur **zwei Mal**. Das Abonnement beträgt **jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland**. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Montag, 25. April.

1892

Politische Uebersicht.

Posen, 25. April.

Über die Vorarbeiten für die weitere Reform der direkten Steuern in Preußen bringt, wie gestern schon telegraphisch in Kürze gemeldet, der "Reichsanzeiger" eine eingehende Mittheilung, in der bezüglich der vorbehalteten Umgestaltung der Einkommensteuer behufs Unterscheidung des fundirten und nicht fundirten Einkommens ausgeführt wird:

Diese letztere Aufgabe stößt innerhalb der Einkommensteuer auf große finanzielle Schwierigkeiten, insbesondere im Betreff desjenigen Einkommens aus Grundbesitz und gewerblichen Betrieben, welches ungetrennt aus fundirtem und nicht fundirtem Einkommen besteht. Viel leichter lässt sich das anzustrebende und bei einer hoch entwickelten Einkommensteuer fast unerlässliche Ziel einer stärkeren Heranziehung des fundirten Einkommens in der Form einer Ergänzungsteuer zur Einkommensteuer erreichen, welche die Werthobjekte nach Abzug der Schulden mit einer im Verhältnis zum ermittelten Werthe nur sehr geringen Quote direkt trifft (Bermögensesteuer). In anderen Ländern, namentlich in der Schweiz und in Amerika hat man damit sehr gute Erfolge erreicht. Auch die holländische Regierung hat soeben den Kammer einen Gesetzentwurf auf dieser Grundlage vorgelegt. Schlägt man diesen Weg ein, so würde der Staat auf die Hebung der gesamten Grund- und Gebäudesteuer und gesammten Gewerbesteuer verzichten, sowie die Bergwerke mehr mindestens vollständig umgestalten, bzw. wesentlich ermäßigen können und damit eine Einnahme von rund 100 Millionen Mark aufgeben. Dieser Einnahmeverlust wäre zu decken durch die Mehreinnahmen der Einkommensteuer (40 Millionen) und die bisherigen Ueberweisungen aus Getreide- und Viehzöllen an die Kette (20 bis 25 Millionen), endlich durch die bezeichnete, alle Quellen des fundirten Einkommens gleichmäßig treffende Ergänzungsteuer im Betrage von 35–40 Millionen Mark. Man würde aber auch in einem Übergangsstadium sich z. B. auf die Auferhebungsgesetzung von $\frac{1}{4}$ der Grund- und Gebäudesteuern beschränken, die Gewerbesteuer für den Staat vorerst noch beibehalten, die Ueberweisung des Aufkommens aus den Getreide- und Viehzöllen (lex Huene) in fixirenen Beträgen und nach einem besseren Vertheilungsmaßstabe bestehen lassen und den unter diesen Voraussetzungen dem Staat erreichenden Ausfall von etwa 18–20 Millionen Mark durch die erwähnte Ergänzungsteuer decken."

Welcher dieser Wege einzuschlagen ist, darüber schweben die Erwägungen noch. Auf alle Fälle sollen die zum Abschluß der Steuerreform für den Staat und die Kommunen bestimmten Vorlagen dem nächsten Landtag zeitig vorgelegt werden. Zu der obigen Rechnung ist zu bemerken, daß bei derselben von den 9 Mill. M. aus den Mehreinnahmen der Einkommensteuer, welche das Volksschulgesetz zur Verbesserung der Gehälter der Lehrer und zur Entlastung der Gemeinden in Anspruch nahm, nicht mehr die Rede ist. Und doch würde es dieser Summe auch dann bedürfen, wenn anstatt eines organischen Gesetzes nur ein Schuldotationsgesetz vorgelegt wird.

Die "Hamb. Nachr." erläutern die neuliche Mittheilung, Fürst Bismarck habe im März 1890 Caprivi als Ministerpräsidenten vorgeschlagen, dahin, Caprivi habe als ein strammer Militär und Haudegen dem Kaiser gegenüber bei

etwaigen zivilistischen Schwächen des Staatsministeriums die Festigkeit des letzteren bei inneren Schwierigkeiten sichern sollen. Er sollte ein Konfliktsminister sein wie Graf Brandenburg im Jahre 1848, da Bismarck nicht überzeugt gewesen sei, daß diejenigen Minister, welche bei etwaigen Revolten als Chefs der Polizei oder der Instruktoren der Staatsanwaltschaft zunächst auf der Bresche gestanden hätten, ohne militärische Spitze dem Monarchen hinreichende Festigkeit gewährt hätten. Fürst Bismarck habe nur eine sichere Vertheidigung der Monarchie bei etwaigen revolutionären Konflikten bezweckt. Weitere Artikel der "Hamb. Nachr." betreffen die Haltung des Fürsten Bismarck zu einer eventuellen französischen Annexion Belgien im Jahre 1870 und das Zugeständnis, Miguel habe aus dem Ministerium austreten wollen, wenn der Schulgesetzentwurf unverändert geblieben wäre.

So oft die russische Regierung wird dem "Hamb. Corr." aus Warschau geschrieben, mit der Absicht umgeht, zum Schutze von angeblich arg bedrohten politischen Staatsinteressen Maßregeln zu verfügen, welche den allgemein herrschenden Rechtsanschauungen zuwiderlaufen, werden die den Entschlüsse der Regierung zu Grunde liegenden Umstände lange vorher mannigfach erörtert, so daß alle Welt auf die betreffenden Verfüllungen vorbereitet sein muß. Diese Vorgangsweise wurde auch bei den Einschränkungen, welche in letzterer Zeit bezüglich des Ankaufs von Liegenschaften seitens der Polen und nunmehr auch seitens der fremden Staatsangehörigen in Wolhynien getroffen wurden, konsequent befolgt. Der in letzterer Beziehung eben erlassene Uta ist aber durchaus noch nicht als ein definitiver Abschluß der Aktion der Regierung zu betrachten. Es läßt sich vielmehr unschwer erkennen, daß dieser Uta der russischen Regierung einen Präjudizfall bildet, der ihr ein weiteres Vorgehen auf der betretenen Bahn erleichtern wird. Thatsächlich ist der Plan, fremde Staatsangehörige vom Besitz von Liegenschaften in Russland überhaupt auszuschließen, schon ziemlich weit gediehen. Der bezügliche Gesetzentwurf

liegt bereits den maßgebenden Faktoren vor, und falls dessen Inkrafttreten noch einen längeren Aufschub erleiden sollte, so wäre dies nur als eine Folge der betreffs der einzelnen Bestimmungen obwaltenden Meinungsdifferenzen anzusehen. Was die grundsätzliche Bestimmung anbelangt, daß nämlich fremden Staatsangehörigen der Besitz von Liegenschaften in Russland in Zukunft nur unter der Bedingung des Eintrittes in den russischen Staatsverband zu gestatten sei, so dürfte darüber in den maßgebenden Kreisen volle Uebereinstimmung herrschen. Desgleichen ist man darüber einig, daß von den in den russischen Staatsverband aufzunehmenden Personen der Nachweis der Kenntnis der russischen Sprache, sowie der russischen Staatsgrundgesetze zu fordern sein wird. Über den Umfang, in dem diese Forderung zur Geltung gebracht werden soll, sowie über die Frage, inwieweit auch das orthodoxe Glaubensbekennnis

als Bedingung vorgeschrieben werden soll, werden noch Verhandlungen geflossen. Daß in dieser Beziehung ein Einvernehmen erzielt und die vom Oberprokurator der heil. Synode, Herrn Pobedonoszew sehr leicht erwünschte Verschärfung der Abschließung Russlands gegen Elemente aus dem Westen Europas zur Ausführung gelangen wird, kann kaum in Zweifel gezogen werden.

Dieser Tage hat in Rom eine Feier stattgefunden, welche das Interesse der Katholiken und Gelehrten aller Länder erwecken dürfte. An diesem Tage wurde in den Catacomben des heiligen Callixtus die Büste des ausgezeichneten römischen Archäologen de Rossi, des Erforschers der Catacomben und des Begründers der christlichen Archäologie in Rom, enthüllt. Der gesetzte Gelehrte vollendet am 20. April sein 70. Lebensjahr. Es hat sich ein aus Geistlichen und Laien bestehendes Komitee gebildet, um diesen Gedenktag würdig der Verdienste des berühmten Archäologen zu begehen. An der Spitze dieses Komitees steht ein deutscher Prälat, der Rektor des deutschen Campo Santo, Msgr. Waal. Die Büste ist ein Werk des Bildhauers Sucketti, desselben Künstlers, der das von Leo XIII. vor kurzem in den Basiliken San Giovanni di Laterane errichtete Grabmal Innocenz III. ausführte hat. Bei der Enthüllungsfeier sind mehrere Ansprachen gehalten worden, so u. a. von dem Vertreter des deutschen archäologischen Instituts, Herrn Petersen, dem Direktor der "Akademie de France", Herrn Geoffroy, und dem Vorstand des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, Hofrat Dr. Sickel. Ungefähr dreißig wissenschaftliche Institute verschiedener Länder sind bei der Feier vertreten gewesen. Die Wiener Universität hat der Prodecan der theologischen Fakultät, Prof. Dr. Neumann, repräsentirt. Das Institut de France hat den Marquis des Bogus und den Abbé Duchesne entsandt. Man glaubt, daß der Papst die Verdienste des berühmten Gelehrten, einer der Leuchten des zeitgenössischen Rom, durch eine hohe Auszeichnung ehren wird.

Deutschland.

Berlin, 24. April. Die preußische Steuerreform soll tatsächlich schon in der nächsten Session des Landtags weitergeführt, vielleicht beendet werden. Die Veröffentlichung der Grundzüge der Steuerreform im "Reichsanzeiger" bringt nichts wesentlich Neues, nachdem schon vorher im Finanzministerium eine ziemlich weitgehende Mittelheilsamkeit geherrscht hatte. Der Finanzminister stellt mehrere Möglichkeiten einer umfassenden Reform zur öffentlichen Erörterung. Würde auf weitere Erschließung von Staatssteuerquellen verzichtet werden, so ließe sich nach dem vom "Reichsanzeiger" gebrachten Grundzügen so verfahren, daß der Staat reichlich die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer unerhoben ließe, wobei die weitere Voraussetzung wäre, daß den Kreisen die bisherigen Ueberweisungen aus der lex Huene etwa in fixirten Beträgen und unter einem reformirten Vertheilungsmaßstabe

Die Entwicklung der Ferienkolonien.

Aus dem Berichte, welchen Herr Stadtrath Rötel auf der Generalversammlung des Berliner Vereins für häusliche Gesundheitspflege, die am 25. v. M. im Rathausssaale abgehalten und auch von der Kaiserin Friedrich mit ihrer Gegenwart beehrt wurde, erstattete, können wir folgende Angaben mittheilen, die für unsere Leser von um so größerem Interesse sein werden, als wohl die Mehrzahl derselben in der einen oder anderen Form an diesem humanen Werke mitzuarbeiten sich gedrungen fühlt:

"Vor zwei Jahren hatte ich die Ehre mitzutheilen, daß wir für 1888 aus 77 deutschen Städten Nachrichten über Ferienbetreuung armer Kinder in einer oder der anderen Form — also in Volksskolonien oder Halbskolonien, in Familienpflege, in Kinderheilstätten der Sool- oder Seebäder erhalten hätten — und daß die Zahl der also verpflegten Kinder 20 074 betrug.

Für das folgende Jahr 1889 konnten wir über 22 699 Kinder berichten. Die Statistik des Jahres 1890 brachte uns Kunde aus 94 deutschen Städten, die Zahl der Pfleglinge war auf 25 827 angewachsen. Unsere Fragebogen für das letzte Jahr 1891 sind leider noch nicht vollständig zurückgekehrt, aber soviel bis jetzt zu übersehen — wird die letztere Zahl wieder um ein erhebliches überschritten werden.

Im Jahre 1890 wurden für die Pflege der 25 827 Kinder wieder mehr als 1 Million Mark ausgegeben.

Von Interesse ist die Erscheinung, daß die verschiedenen

Formen der Fürsorge bei der Weiterentwicklung in ziemlich gleicher Weise berücksichtigt worden sind.

In geschlossenen Ferienkolonien wurden	7271 Kinder,
in Familien	2893 =
in Halb- oder Stadtkolonien	7603 =
in Kinderheilstätten der Soolbäder	6241 =
Seebäder	1819 =

verpflegt, das sind in jeder Form etwa 10 Prozent mehr Kinder als im Vorjahr.

Eine Verschiebung hat eigentlich nur bei der Familienpflege stattgefunden. Hier ist bemerkenswerth, daß die Zahl der Familien auf dem Lande, welche geneigt waren, arme Stadtkinder während der Ferien unentgeltlich bei sich aufzunehmen, an mehreren Orten in der Abnahme begriffen ist.

In einzelnen Gegenden Deutschlands setzte man beim Beginn der Einrichtung der Ferienkolonien sehr große Hoffnung auf diese Art der Mithilfe — angeregt wohl dadurch, daß schon vor 10 Jahren aus Dänemark berichtet wurde, daß die Aufnahme armer Stadtkinder bei wohlhabenden Landleuten zur unentgeltlichen Ferienversorgung dort seit 30 Jahren zur Sitte geworden sei und daß im Jahre 1881 in dieser Weise gegen 7000 Kinder untergebracht waren. So hoffte man auch hier die finanziellen Schwierigkeiten leichter lösen zu können, und es waren vorzüglich Komitees in Augsburg, Hannover, Dresden, Stettin bemüht, Freistellen in ländlichen Familien für ihre armen Kinder zu gewinnen.

Hannover konnte noch im Jahre 1888 225 Freiquartiere melden, im vorigen Jahre sind sie auf 109 zurückgegangen; Dresden verzeichnete 19 — jetzt 10, Stettin 40 — jetzt 18

Freiquartiere, und ähnliche Nachrichten liegen noch aus anderen Städten, z. B. Straßburg vor.

Man könnte geneigt sein, diese Erscheinung als ein Erkalten des Interesses für die armen Kinder anzusehen, aber nach den Erörterungen, welche an mehreren Orten hierüber geflossen, ist es doch nötig, vorsichtiger zu urtheilen.

Ein Bericht aus Hannover spricht sich eingehend über die Ursachen dieses Rückganges aus. — Abgesehen von den Fällen, wo häusliche Verhältnisse die Wiederübernahme von Kindern in Familienpflege verboten, kamen drei Punkte zur Erörterung. Von einer Seite kam die Anzeige, daß die Pfleger durch Besuche seitens Angehöriger der Kinder in empfindlicher Weise belästigt wurden. Sodann wurde ausgesprochen, daß einige Ferienkolonisten — und zwar die Mädchen — zu reich gekleidet und daß in Folge dessen Zweifel aufgekommen seien, ob man es denn wirklich mit armen Kindern zu thun habe. Dies wird vom Komitee darauf zurückgeführt, daß viele Eltern gar nicht in der Lage seien, die Bekleidung in der vom Komitee verlangten Vollständigkeit zu liefern, und daß in diesen Fällen mitleidige Menschen eingreifen. Hierbei sei wohl in manchen Fällen etwas mehr gethan und luxuriöser verfahren als angemessen und nötig. — Dem gegenüber wird die Bitte ausgesprochen, nur schlichte, derbe Sachen zu schenken, damit jener Vermuthung nicht Nahrung gegeben werde.

Eine Bitte, welche aus manchen Gründen auch wohl anderweit zu beherzigen wäre!

Endlich wurde über gar zu anspruchsvolle und unbedeckende Ansprüche mancher Kinder und Eltern Klage geführt.

blieben. Eine zweite Möglichkeit ist, daß der Staat auf vier Fünftel der Grund- und Gebäudesteuer zu Gunsten der Kommunalverbände verzichtet. Diese vier Fünftel werden so herausgerechnet, daß für die Steuerreform zur Verfügung stehen: 40 Millionen Mark aus den Mehrerträgen der neuen Einkommensteuer und rund 20 Millionen Mark aus der lex Huene. Die staatliche Grund- und Gebäudesteuer aber bringt 75 Millionen. Diese Steuer könnte hiernach den Kommunalverbänden nur dann in ihrem ganzen Ertrage überwiesen werden, wenn der Staat den Ausfall von 15 Millionen anderweitig deckt. Soll diese Deckung unterbleiben, dann können eben nur 60 Millionen, also vier Fünftel, überwiesen werden. Die dritte Möglichkeit ist die, die dem Finanzminister offenbar am meisten am Herzen liegt. Er möchte die Grund- und Gebäudesteuer und die gesammte Gewerbesteuer den Gemeinden überlassen, auf diese Weise also die klarste Scheidung zwischen direkter Staatssteuer und Kommunalsteuer bewirken und den Staat für den Ausfall an seinen bisherigen Einnahmen einmal auf die Mehrerträge aus der reformierten Einkommensteuer, sodann auf die Erträge aus der lex Huene, endlich auf eine neu einzuführende Vermögenssteuer zu verweisen. Für die Prüfung der Miquel'schen Pläne kommt es auf den letzterwähnten Punkt in erster Reihe an. Was sonst mit den bestehenden Steuern geschieht, und ob sie ganz oder teilweise einmal so und einmal anders zwischen Staat und Gemeinde hin- und hergeschoben werden, das hat selbstverständlich seine große Wichtigkeit, aber es braucht an sich keine Erhöhung der Lasten für den Einzelnen zu bedingen. Dagegen wäre eine Vermögenssteuer eine schwere Mehrbelastung, besonders dann, wenn die Auflösung einer finanziellen Grundlage für die Besteuerung nur mangelhaft gelingen sollte. Herr Miquel rechnet auf 35 bis 40 Millionen Ertrag aus einer solchen "Ergänzungssteuer", wie er sie nennt. Das Wort ist geschickt genug gewählt. Es erweckt den Eindruck, als handele es sich eigentlich garnicht um etwas Neues, als solle nur eine Kleinigkeit am alten Einkommensteuergesetz geändert werden. Nachdem der Finanzminister seine Schätzung des Mehrertrages der Einkommensteuer um über das Doppelte hat übertroffen werden sehen, mag es mit dieser "Ergänzungssteuer" leicht ebenso gehen. Nun beachte man Folgendes: Bei der neuen Einkommensteuer wurde die Trennung von fundiertem und unfundiertem Einkommen in sichere Aussicht gestellt. Wohl nur Wenige aber, wohl nur Leute mit besonderer fiskalischer Beanlagung, haben dies Versprechen anders als dahin aufgefaßt, daß diese Trennung zu einer Erleichterung für unfundiertes Einkommen führen solle. Der gutgläubige Steuerzahler dachte sich die Sache so, daß er wohl für Zinsen aus Vermögen auch fernerhin 3 Prozent Steuer zahlen sollte, daß ihm aber der Steuersatz für erarbeitetes Einkommen ermäßigt werden würde. Diese Erwartung täuscht jetzt der Finanzminister gründlich. Die 3 Proz. (wir lassen die höheren Stufen für Einkommen über 30000 M. außer Ansatz) sollen bleiben, und für Kapitalsbesitz soll der Steuersatz erhöht werden. Das ist gewissermaßen gegen die Abrede. Die Erträge aus der neuen Einkommensteuer sind so überraschend große, daß man es wirklich darauf ankommen lassen könnte, ob nicht schon diese Steuer allein in ihrem naturgemäß zu erwartenden Wachsthum die Summen für die Fortführung der Steuerreform liefern wird. Soll aber, was allerdings wünschenswerth ist, innerhalb der Einkommensteuer selber reformiert werden, dann dürfte es nur in der angegebenen Weise geschehen, d. h. der Steuersatz für Kapitalertrag kann bleiben, wie bisher, vielleicht um eine Kleinigkeit noch steigen; der Steuersatz dagegen für erarbeitetes Einkommen muß ermäßigt werden. Der Ertrag der Steuer würde darum keineswegs geringer zu werden brauchen.

— Im Vergleich zu den Vorschlägen im Etat für

1891/92 ergibt die schon erwähnte Nachweisung der Ist-einnahme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern einen erheblichen Einnahmeüberschuß. Derselbe beträgt bei den Zöllen allein 62 660 139 M., bei der Tabaksteuer 1 Mill., bei der Zuckermaterialsteuer 1 602 825 M., bei der Verbrauchsabgabe vom Zucker 2 722 341 M., bei der Salzsteuer 2 245 000 M., bei der Brauosteuer 1 732 500 M.; dagegen blieben die Einnahmen aus der Branntweinmaterialsteuer um 600 000 M., aus der Verbrauchsabgabe für Branntwein um über 10 Mill. M. hinter dem Etatsanschlag zurück, so daß der Überschuß auf 61,3 Mill. M. reduziert wird.

— Der Nachtrag setzt wird nach der "Kreuzztg." sicher am nächsten Donnerstag im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangen.

— Noblesse oblige. Im Abg.-Hause ist eine Petition von den Vertretern des minderjährigen Herzogs v. Arenberg eingegangen; dieselben beantragen in dem bezüglichen Gesetze eine Bestimmung zu treffen, durch welche dem herzoglich Arenberg'schen Hause der Anspruch auf die Entschädigung für den Verzicht auf Steuerbefreiung vorbehalten wird. In der dem Abg.-Hause zugegangenen Vorlage wird das herzoglich Arenberg'sche Haus nicht zu den ehemals reichsunmittelbaren gerechnet, welche Anspruch auf Entschädigung haben.

— Der "Kreuzztg." zufolge ist der Unterstaatssekretär Magdeburg als Oberpräsident von Hessen-Nassau bestimmt in Aussicht genommen.

— Stöcker hat am Freitag im konservativen Wahlverein des 6. Wahlkreises (Mlobitz) in einem Vortrag über die politische Lage und die Parteien u. a. gesagt:

"Wir Konservativen leiden unter der Situation schon seit fünf Jahren (d. h. seit 1887, wo die anständigen Konservativen in Berlin Stöcker nicht mehr aufzustellen wagten). Das Schlimmste waren die mittelparteischen Nbelungen im eigenen Lager. Der rechte Flügel der Konservativen sollte nach und nach ausgeschlossen werden. Herr v. Helldorf hat es ja neulich offen gesagt, daß eine rechtsche Scheidung eintreten müsse. Er hat die Freundschaft gehabt uns Extreme zu nennen. Nun, die rechtsche Scheidung hat sich vollzogen. Eines schönen Tages saß Herr v. Helldorf ganz allein draußen. Das ist gewiß eine rechtsche Scheidung."

Ob Stöcker nicht zu früh jubiliert?

— Die Mitteilung, wonach ein neues Gesetz über den Verkehr mit Sprengstoffen ausgearbeitet werden sollte, ist unzutreffend. Dem Vernehmen der "Berl. Pol. Nachr." zufolge handelt es sich nur um eine Umgestaltung der Vorschriften über den Verkehr mit Sprengstoffen, wie sie sich nach dem jetzigen Stande der Technik als notwendig herausgestellt hat.

— Die Ahlwartsche Broschüre gegen die Loewesche Gewebefabrik ist der "Germ." zufolge von der Staatsanwaltschaft konfisziert worden.

— Johann Most kündigt an, er werde demnächst England, Deutschland, die Schweiz und Österreich besuchen und dort Vorfälle und Reden halten.

Breslau, 22. April. Der "Schlesische Verein für Haushaltung", welcher als Hauptaufgabe die Besiegung der Noth unter den Handwerkern bezweckt, hat sich heute unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten v. Segedewitz konstituiert.

Militärisches.

Berlin, 23. April. Der General der Kavallerie v. Albrecht, kommandirender General des 7. Armeekorps, welcher befußt erneuter Einreichung seines Abchiedsgesuches hier eingetroffen war, ist nach der "A. R.-C." wiederum vom Kaiser abschlägig beschieden worden, und hat nunmehr den Entschluß gefaßt, im Dienst zu bleiben.

Posenscher Provinzial-Landtag.

Posen, den 24. April 1892.

Heute fand hier selbst die Gründung des 27. Provinzial-Landtags der Provinz Posen statt, nachdem ein Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder in der St. Paulikirche und die katholischen in der Pfarrkirche St. Mariam Magdalena vorangegangen war.

Der Herr Landtagskommissarius, königliche Oberpräsident Freiherr von Wilamowitz-Möllendorff richtete an die versammelten Provinzialstände, nachdem er durch eine Deputation derselben in den Sitzungssaal geleitet worden war, folgende Ansprache:

Hochgeehrte Herren,

Das Gesetz vom 11. Juli 1891 über die außerordentliche Armenpflege, welches mit dem 1. April nächsten Jahres in Kraft tritt,

Während hier also Fälle vorliegen, in welchen den Pflegern ihre Freidigkeit an der wohlthätigen Sache gemindert wurde, darf doch auch nicht unerwähnt bleiben, daß manche Komitees ungünstige Erfahrungen mit den Pflegern selbst gemacht haben. Auf der Konferenz der Vertreter deutscher Ferienkolonien zu Frankfurt a. M. (1887) wurde von verschiedenen Seiten zu großer Vorsicht bei Auswahl der Pflege-Familien gemahnt. Der Leiter der Hamburger Ferienkolonien erzählte von wunderlichen Erfahrungen, welche sie dort gemacht hätten. An einzelnen Stellen wurden Kinder durch unnötigen Luxus verwöhnt, an anderen wieder zu Arbeiten in der Erntezeit mißbraucht, welche für ihren Zustand nicht passend waren.

Das erziehliche Moment, welches wir Alle bei der Errichtung der Ferienkolonien so hoch schätzen, tritt gar leicht bei der unentgeltlichen Familienpflege zu sehr zurück, weil die Kontrolle und Einwirkung der Komitees jenen freiwilligen Pflegern gegenüber sehr erschwert ist.

Deshalb ist die Warnung zur Vorsicht bei Auswahl der Pflege-Familien wohl sehr am Platz.

Das Wesen der Ferienkolonien hat sich allmälig entwickelt. Mit einigen matten, schwächlichen Schulkindern fing man an, und als man sah, wie wohl ihnen ein vierwöchentlicher Aufenthalt in guter Landluft thut, vergrößerte man nicht nur die Zahl, sondern man wagte sich auch an die kränklicheren Kinder heran und fand nun eine große Anzahl der Fürsorge bedürftiger, vorzüglich von der leider so weit verbrüteten Krankheit — der Skrophulose — erfaßten Kinder, daß man bei der vorübergehenden Erholung in guter Lust nicht stehen bleiben konnte, sondern alle die Mittel ins Auge fassen mußte, welche erfahrene Ärzte als bewährte Kampfmittel gegen diese Krankheit empfehlen.

Abgesehen von der angeborenen Skrophulose entwickelt sich diese Krankheit sehr häufig durch eine ungenügende oder

ungeeignete Ernährung, durch den Aufenthalt in schlechten Wohnräumen, Mangel an guter Lust, zu geringe körperliche Bewegung. Wenn nicht bei Zeiten gegen diese Krankheitsursachen angekämpft wird, dann verfallen die jungen Körper dem Siechthum, welches einen geeigneten Nährboden für die Tuberkulose schafft.

Da entwickelte sich nun aus dem Wunsche, den erholungsbedürftigen Schulkindern eine Erfrischung zu bieten, die ernste Arbeit: einen Kampf gegen die Ausbreitung dieser schweren, am Marke unseres Volkes zehrenden Krankheiten wo möglich in ihren ersten Anfängen aufzunehmen.

Als treue, wegweisende Mitarbeiter standen uns in diesem Kampfe die Ärzte zur Seite; haben sich doch allein hier in Berlin gegen 200 Ärzte den verschiedenen Komitees zur Verfügung gestellt, welche in selbstloser Weise durch Rath und That bei der Erfüllung unserer Aufgabe mithalfen.

Sie unternahmen es — an ihrer Spitze der alte Barrentapp, Uffelmann, Benecke u. a. — die Volksfreunde mobil zu machen für diesen Feldzug; sie zeigten den Weg, wie den Kindern geholfen werden könne, indem man sie auf einige Zeit aus den dumpfen Wohnräumen der Städte in die gute Berg- oder Waldluft, oder an die See führte, sie dort kräftig ernährte durch Milch- und Fleischspeisen, und wo es nötig, durch Sool- oder Seebäder den Prozeß der Gesundung förderte.

Auf ihre Anregung wurden für die vorgeschrittenen Fälle die Kinderheilstätten in Soolbädern und die herrlichen Seehospize gebaut. Im letzten Jahre konnten wir über 27 Kinderheilstätten in deutschen Soolbädern und über 11 Seehospize berichten. Ein Kinderhaus — das zu Jagstfeld in Württemberg ist schon 1862 errichtet worden —, dann folgten 1874 zwei zu Rothenfelde, die übrigen 35 Häuser wurden in den letzten 15 Jahren erbaut. Ihre Gründung fällt also in die Periode, welche ich eben als eine Periode des Kampfes

stellt so bedeutende Anforderungen an den Provinzialverband, daß der Provinzialausschuß zur Erfüllung derselben besonderer, weitgehender Vollmachten bedarf und in Folge dessen Ihre außergewöhnliche und beschleunigte Einberufung erforderlich geworden ist. Ihre Thätigkeit soll indessen nicht auf diese eine wichtige Vorlage beschränkt bleiben, vielmehr wird Sie neben einigen weiteren Angelegenheiten, deren gleichzeitige Erledigung wünschenswerth schien, ein Gegenstand beschäftigen, der, wie ich glaube, in besonderem Maße auf Ihre wohlwollende Prüfung und fördernde Behandlung rechnen kann. Es ist dies der Entwurf neuer Satzungen für die Provinzial-Feuer-Sozietät, welchem Sie durch das Allerhöchste Propositionsdekret aufgefordert werden Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Die anderweitige Organisation dieses Instituts mit Einführung desselben in die Provinzialständische Verwaltung ist wiederholt von Ihnen angestrebt worden und als vor wenig mehr denn Jahresfrist an dieser Stelle der 26. Provinzial-Landtag geschlossen wurde, hatten Sie, hochgeehrter Herr Landtagsmarschall, die Güte, dafür auch an meine Mitwirkung zu appelliren. Ich bin bestrebt gewesen, diefer Aufforderung zu entsagen. Nachdem ich auf Grund eines früheren, an Allerhöchster Stelle genehmigten Landtagsbeschlusses die Leitung der Provinzial-Feuer-Sozietät dem vom Provinzial-Ausschuß präsentirten Landesrathe von Alting übertragen hatte, habe ich es als einen besonders glücklichen Umstand begrüßt, daß neben diesem Beamten des Provinzial-Verbandes der bisherige Direktor der Sozietät, dessen erprobte Thätigkeit Sie wiederholt anerkannt haben, auch in seiner jetzigen Stellung an dem Entwurf der neuen Satzungen mitzuwirken berufen war. Über auch Sie, Herr Landtagsmarschall, ebenso der Herr Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses, der Herr Landeshauptmann, und mehrere Herren aus der Mitte der Provinzialstände haben ihre ererbte Mitarbeit bereitwillig gewährt, die Kommission für die Provinzial-Feuer-Sozietät und der Provinzial-Ausschuß haben den Entwurf wiederholt durchberaten, im Ministerium ist derselbe einer Revision unterzogen worden und die hierbei erzielte allseitige Nebeneinstimmung wird Ihnen, meine Herren, wie ich hoffe, Ihre Arbeit wesentlich erleichtern.

Von dem Jahresberichte des Landeshauptmanns über die Verwaltung des Provinzialständischen Verbandes werden Sie mit lebhafter Interesse Kenntnis nehmen und mit Begeisterung werden Sie daraus ersehen, wie sparsam, sachgemäß und erfolgreich diese Verwaltung auch unter schwierigen Verhältnissen geführt wird. Sie werden hierin einen erneuten Anlaß finden, dem Provinzial-Ausschuß Ihr volles Vertrauen zu schenken und ihm, wo es erforderlich ist, weitgehende Vollmachten zu erteilen, wie auch die königliche Staatsregierung bereit ist, demselben neue und wichtige Befugnisse zu übertragen.

Mögen Ihre Arbeiten gesegnet sein und getragen vom Geiste der Eintracht und des Gemeinwesens, auch in diesem neu geschmückten Saale wie bisher auf allen Posenschen Landtagen. Es bedarf wohl nicht der Verstärkung, daß ich bestrebt sein werde, nach besten Kräften zur Förderung Ihres Werkes mitzuholen.

Ich überreiche Ihnen, Herr Landtagsmarschall, den Allerhöchsten Landtagsabschied vom 4. April d. J. und das Allerhöchste Propositionsdekret von demselben Tage und erkläre im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs den 27. Provinzial-Landtag der Provinz Posen für eröffnet.

Nachdem der Herr Landtags-Kommissarius sodann dem Herrn Landtags-Marschall den Allerhöchsten Landtags-Abschied vom 4. April d. J. und das Allerhöchste Propositionsdekret von demselben Tage übergeben hatte, erklärte er im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs den 27. Provinzial-Landtag für eröffnet.

Hierauf erwiederte der Herr Landtags-Marschall, Königliche Schloßhauptmann und Landrat Freiherr von Urubu-Bomby:

Hochgeehrter Herr Landtags-Kommissarius!

Die Zahl der Aufgaben, welche diesem 27. außerordentlichen Landtag gestellt werden, ist nicht groß, aber zum Theil von recht großer Bedeutung.

Euer Exzellenz nennen in erster Linie die Erfüllung der Anforderungen, welche das Gesetz vom 11. Juli 1891 über die außerordentliche Armenpflege dem Provinzialverbande auferlegt. Wir müssen bei Erledigung dieser Aufgabe eingedenkt sein, daß es sich um Genügung einer uns durch Gesetz auferlegten Verpflichtung handelt und es scheint daher um so mehr, als sich die Kosten der Anstalten, welche in Erfüllung dieser Pflicht und in Ausführung des § 31a des Gesetzes von der Provinz werden errichtet werden müssen, sich auch nur annähernd nicht übersehen lassen, und die Zeit nur kurz bemessen ist, da das Gesetz am 1. April 1893 in Kraft tritt, gerechtfertigt, daß, wie es in der uns zugegangenen gedruckten Vorlage klar ausgeführt ist, der von uns gewählte und unter Vertrauen bestehende Provinzialausschuß mit weitgehender Vollmacht von uns beauftragt wird.

gegen die unseres Volkes Kraft ab schwächenden Krankheiten schilderte.

In diesen 38 Kinderheilstätten wurden im Jahre 1890 schon 8060 frakne Kinder behandelt und zum größten Theile als gesund oder doch wesentlich gebessert entlassen.

Ich möchte hervorheben, daß hierbei auch der unter dem Schutze Ihrer Kaiserlichen Majestät, unserer hohen Protektorin arbeitende Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten, in erster Reihe die größten Verdienste erworben hat. Im Jahre 1890/91 sind von den vier diesem Vereine zugehörigen Seehospizen "Kaiserin Friedrich" zu Norderney "Friedrich Franz" in Gr. Müritz und den Anstalten zu Wyk und Boppot 1068 frakne Kinder aufgenommen worden, und zwar 370 zu einem erhöhten Pflegefaz, während 698 sich in Freistellen befanden oder von Vereinen und Wohlthätigkeitsanstalten nach den Hospizen geschickt worden sind.

Nach dem Zeugniß der Ärzte konnten von diesen 1068 Kindern etwa 70 Prozent als geheilt oder erheblich gebessert und 23 Prozent als gebessert nach Hause geschickt werden.

Der Magistrat von Berlin zahlt jetzt alljährlich 8000 Mark an den Verein; dafür werden 50 frakne Kinder sechs Wochen lang in den Hospizen verpflegt und die Kosten der Hin- und Rückreise bestriitten.

Die im Jahre 1887 zu Frankfurt a. M. gefaßte Resolution, wonach es Sache des Komitees sein soll, den Ergebnissen der Sommerspflege eine dauernde Wirkung zu sichern, ist nicht nur auf dem Papier stehen geblieben, sie hat an vielen Orten ihre Betätigung gefunden.

So berichtet Bremen von 5 Milchstellen, welche neben der Speisung in Volkstümchen für die Winterspflege hergestellt werden sind. In ähnlicher Form wurden einige Milchstationen für den Zweck der Nachpflege in Bamberg, Dresden, Meß, Rendsburg u. a. a. eingerichtet.

(Schluß folgt)

Nicht minder wichtig ist aber die Verathung des Entwurfs neuer Satzungen für die Provinzial-Feuer-Sozietät.

Euer Exzellenz waren so gütig daran zu erinnern, daß damit den seit vielen Jahren gehegten Wünschen früherer Landtage, zu deren Fürsprecher ich mich am Schlusse des 26. Provinzial-Landtages zu machen die Ehre hatte, entgegengekommen wird.

Ich glaube in erster Linie schon jetzt, wie auch die Abstimmung ausfallen wird, meinen Dank dafür aussprechen zu dürfen, daß der bisher betretene Weg, die bestehenden Bestimmungen durch Nachträge abzuändern, verlassen ist und statt dessen ganz neue Satzungen entworfen sind.

Ferner daß die Sozietät bezüglich der Verwaltung den provinzialständischen Anstalten eingreift, und die Leitung einem eignen Beamten, einem Landesratte übertragen ist. Ich glaube, daß gerade die Erfüllung dieses Wunsches Euer Exzellenz' gütiger Einwirkung zu danken ist und ich würde die Pflichten meiner Stellung nicht genügend erfüllen, wenn ich es unterließe, hierfür Euer Exzellenz unsern Dank auszusprechen.

Ferner glaube ich nach der Aufnahme, die der Entwurf bei den verschieden Kommissionen, denen er zur Begutachtung vorgelegen hat, das allgemeine Einverständnis auch des Landtages damit voraussehen zu dürfen, daß der Entwurf nur die Grundbestimmungen enthält, welche ohne Zustimmung des Provinzial-Landtages und der Staatsregierung nicht verändert werden dürfen, dagegen die praktische Durchführung besonderen Ausführungs-Bestimmungen überläßt, welche den wechselnden Bedürfnissen der Provinz Rechnung tragen können. Auch darf ich wohl es als einen glücklichen Gedanken bezeichnen, daß die Herren Verfasser des Entwurfs es verstanden haben, die Mitwirkung der Königlichen Beamten in den Votablinstanzen der Verwaltung zu erhalten und doch eine wesentliche Beschleunigung im Verkehr mit der Direktion herzustellen. Endlich geben die Satzungen der Direktion die Wege an die Hand, verschiedenen Momenten, als Isolierung, vorzügliche Löschgeräte und Feuerwehr, Wasserleitung, Beleuchtungsseinrichtungen, Blitzableiter &c. bei der Abstufung der Beiträge Rechnung zu tragen und so den großen Städten zu Beiträgen zu verhelfen, welche der in ihnen bestehenden Minderung der Brandgefahr kleineren Städten und dem platten Lande gegenüber entsprechen.

Wenn ich somit wohl die Hoffnung aussprechen darf, daß der Entwurf der Satzungen im Allgemeinen bei meinen verehrten Mitständen ungetheilt aufgenommen wird, so hat doch eine Bestimmung des Entwurfs, nämlich die Ausdehnung der Versicherung auf die beweglichen Sachen in der Presse wie in einzelnen Vertretungen von Städten großen Widerstand hervorgerufen, dem auch durch Petitionen an den Provinzial-Landtag Ausdruck gegeben ist.

Ich kann versichern, daß der 27. Provinzial-Landtag, wie dies bei seinen Vorgängern stets Gebrauch war, diese Frage, die ganz unabhängig von der Änderung der Satzungen an sich beantwortet werden kann, mit eingehender Sorgfalt und in ruhiger rein sachlicher Erwägung prüfen wird und bin überzeugt, daß er mit Gottes Hilfe zu einem Beschluss kommen wird, der unserer Heimat und den Bewohnern derselben zum Segen gereichen wird.

Der Bericht unseres Herrn Landeshauptmanns beweist uns, daß nicht nur die Verwaltung sparsam, sachgemäß und erfolgreich geleitet wird, sondern daß auch unsere Anstalten sich immer gebedeckter entwickeln, dabei verhältnismäßig weniger Kosten erfordern, doch ihrem Zwecke dienen und zum Wohle der Armen und Schwachen beitragen.

Der Landesverwaltung, vor Allem dem Chef derselben, ebenso wie dem Provinzial-Ausschuß ist das Land dafür den aufrichtigsten Dank schuldig und ich halte es für eine ehrenvolle Pflicht meiner Stellung, mich zum Dolmetscher dieses Gefühls zu machen.

Euer Exzellenz' Zusicherung, uns bei unseren Arbeiten fördernd zur Seite zu stehen, läßt uns dieselben mit der freudigen Hoffnung auf Gelingen beginnen. Daran knüpfe ich aber die Bitte an meine verehrten Mitstände, daß sie mich wie bisher unterstützen und meine Leitung mit Nachsicht begleiten.

Wenn sich so alle unsere Kräfte in Eintracht zu gemeinsamem Schaffen vereinigen, so wird Gott der Herr seinen Segen dazu geben.

In dieser Zuversicht lassen Sie uns an unsere Arbeit herantreten, nachdem wir zuvor dem Gefühl der Treue und Erfurcht zu unserem Kaiser, Könige und Herrn Ausdruck geben, indem wir rufen:

Seine Majestät der Kaiser und König Wilhelm II lebe hoch.

In das Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und König

stimme die Versammlung begeistert ein.

Der Herr Landtagsmarschall ernannte sodann die Schriftführer und den Duotor des Landtages und schloß die Sitzung,

nachdem er die nächste auf den folgenden Tag anberaumt hatte.

Lokales.

Posen, den 25. April.

* **Alarming der Garnison.** Heute Morgen gegen 6 Uhr wurde die hiesige Garnison zu einer militärischen Übung alarmiert. — **Selfmord.** Sonnabend Abend erschoss sich der Inhaber des Restaurants Friedenthal in Jersik, Namens Kabisch, in seiner Wohnung mit einem Revolver, nachdem er kurz vorher mit seinen Gästen sich in gemütlicher Weise unterhalten hatte. Da der Verstorben in geordneten Verhältnissen lebte und, soweit wir vernahmen, auch sonst keine äußerer widrige Umstände ihn zu dieser That veranlaßten, so ist anzunehmen, daß er in einem Anfall von Schwermut, welche sich seiner in der letzten Zeit öfter bemächtigte, gehandelt hat.

* **Der angebliche Mordanschlag auf den Ehrendomherrn Tomaszewski in Tremesien** wird jetzt auch in einer Buchdruck des betreffenden Landrats an die "Kreuzzeitung" demontiert. Der Landrat schreibt, daß die Gerüchte auf die Verhaftung eines Wanderbürgers zurückzuführen sind, der in der Nähe der katholischen Kirche gesehen und nach Abschaffung eines anscheinenden Österreidensches durch einen Dritten dem zufällig vorübergehenden Gendarm von den auf dem Kirchplatz sich tummellenden Schulkindern als Thäter fälschlich bezeichnet war. Alles Unheil ist Erfindung. (Wir entnehmen diese Nachricht der "Kreuzzeitung", da es der "betreffende Herr Landrat" natürlich vorgezogen hat, sich mit seiner "Berichtigung" nicht an die zunächst interessirte Provinzpreß, sondern an jenes ihm jedenfalls näherstehende Berliner Blatt zu wenden. — D. Red.)

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 24. April. Die Zuckerfabrik auf dem Gute Scheune bei Stettin ist in der vergangenen Nacht gänzlich niedergebrannt.

München, 23. April. Den "Münch. Neuest. Nachr." zufolge wird der Nuntius Agliardi in 14 Tagen hierher zurückkehren. Der Papst habe angekündigt, Agliardi werde im Laufe dieses Jahres zum Nuntius in Wien ernannt werden, sobald der gegenwärtige Nuntius in Wien Galimberti den Kardinalshut erhalten habe.

Wien, 23. April. Nach einer Meldung der "Politischen Korrespondenz" aus Rom werden der König und die Königin von Italien auf ihrer bevorstehenden Reise nach Potsdam von dem Ministerpräsidenten di Rudini begleitet werden.

Wien, 23. April. Der Festkommer zu Ehren der "Berliner Liedertafel" ist außerordentlich glänzend verlaufen. Die Toaste

eröffnete der Vorstand des Wiener Männergesangvereins, Ritter von Olschbaur, mit einem begeistert angenommenen Hoch auf Seine Majestät den Kaiser Wilhelm und den Kaiser Franz Joseph. Hierauf wurden die österreichische und die deutsche Hymne von der Versammlung stehend gesungen. Bürgermeister Dr. Brix dankte auf das Gedelben der "Berliner Liedertafel". Kanzleirath Weisse erwiederte mit einem Trinkspruch auf den Bürgermeister Brix.

Wien, 24. April. Dem heutigen Konzerte der Berliner Liedertafel im Arkadengang des Rathauses wohnten etwa 3000 Personen bei. Der Bürgermeister Dr. Brix begrüßte die Berliner Gäste mit einer herzlichen Ansprache. Sämtliche Gesangsvorträge wurden mit brausendem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende der Berliner Liedertafel, Kanzleirath Weisse, sprach seinen Dank für die gespendete Anerkennung aus und schloß mit einem Hoch auf die Stadt Wien. Vor der heutigen Vorstellung im Deutschen Volkstheater, zu welcher die Mitglieder der Liedertafel Einladungen erhalten hatten, sang der Verein mehrere Chöre, die jubelnden Beifall ernteten.

Bei einer von dem Verein "Niederwald" zu Ehren der Berliner Liedertafel veranstalteten Zusammenkunft wurde ein Huldigungstelegramm an Kaiser Wilhelm abgesandt.

Wien, 24. April. Die "Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Verordnung des Justizministeriums betreffend die Errichtung eines Bezirksgerichtes in dem böhmischen Marktsleden Wedelsdorf.

Wien, 24. April. Das Radetzky-Denkmal wurde heute Mittag in Anwesenheit des Kaisers, der Mitglieder des österreichischen Herrscherhauses, der in Wien anwesenden Fürstlichkeiten und zahlreicher Würdenträger vom Militär und Zivil aus der ganzen Monarchie feierlich enthüllt. Eine nach vielen Tausenden zährende Volksmenge wohnte der Feier bei. Der Kaiser wurde bei seiner Ankunft mit jubelnden Hochrufen begrüßt. Auf die Ansprache des Erzherzogs Albrecht erwiederte der Kaiser, das Standbild des Feldmarschalls Radetzky werde fernern Geschlechtern verkünden, daß Treue, Hingebung, Standhaftigkeit und Thatendrang, getragen von unerschütterlichem Vertrauen in ihre vereinte Kraft, Tugenden seien, welche Radetzky und seine Streiter stark gemacht hätten zum Wohle des Vaterlandes und des vom Vaterlande unzertrennlichen Kaiserhauses. Nach Besichtigung der spalterbildenden Veteranen aus den Feldzügen 1848/49 und dem Vorübermarsch der zur Thellnahme an der Feier befohlenen Truppen kehrte der Kaiser unter brausenden Hochrufen des Publikums in die Hofburg zurück.

Pest, 23. April. Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident Graf Szapáry unterbreitete in Vertretung des erkrankten Handelsministers Baróss von Bellus dem Hause einen Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter und die Anstellung von Fabrikinspektoren, sowie einen Gesetzentwurf betreffend den Ausbau der Eisenbahnlinie Marmaros-Szigeth bis zur Landesgrenze.

Der Abgeordnete Pazmandy kündigte eine Interpellation an betreffend die offizielle Beteiligung der Regierung und des Parlamentes an der Enthüllung des Denkmals für Feldmarschall Radetzky.

Pest, 23. April. Alle öffentlichen Arbeiteraufzüge und Demonstrationen am 1. Mai d. J. sind von der Polizeibehörde verboten worden. Die Löhner Arbeiter beschlossen, einen einfachen Ausflug nach außerhalb zu machen. Eine Broschüre betitelt: "Der erste Mai 1892" wird in 4000 Exemplaren vertheilt. In derselben wird die Wichtigkeit des internationalen Arbeiterfesttags betont und der Achtstundentag sowie das allgemeine Stimmrecht gefordert.

Pest, 23. April. Wie die "Budapester Korrespondenz" meldet, wurden die Konferenzen des österreichischen und ungarischen Finanzministers in Wien heute beendet und ergaben eine vollständige Einigung über den Text sämtlicher Gesetze zur Durchführung der Valutaregulirung. Die Vorlagen werden den Parlamenten in der ersten Hälfte des Mai zugehen. Als Aequivalent des Goldguldens wird bei den Zollzahlungen ein neunzehnprozentiges Ago festgesetzt.

Petersburg, 23. April. Der Kaiser ist auf einige Zeit nach Petersburg überfiebelt und bewohnt hier zum ersten Male während seiner Regierung das Winterpalais.

Die Besserung in dem Befinden des Ministers v. Giers dauert an.

Petersburg, 24. April. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Kronenflotte auf dem Amu-Darja um einen Dampfer und mehrere Transportschiffe vermehrt wird.

Der 4. Internationale Eisenbahngongress wird in der zweiten Hälfte des Monats August hier selbst zusammengetreten.

Rom, 24. April. Die "Agenzia Stefani" bezeichnet die Meldung des "Popolo Romano", wonach die Unterzeichnung des Nebeneinkommens betreffs Übernahme der Bündholzfabrikation in staatliche Regie bereits erfolgen sollte, als verfrüht, die Verhandlungen über die Verstaatlichung der Bündholzfabrikation seien noch nicht zum völligen Abschluß gediehen, die Unterzeichnung des Abkommens sei erst in einigen Tagen zu erwarten.

Rom, 23. April. Die internationale Konferenz der Vereine vom Roten Kreuz stimmte der von dem internationalen Comitee beantragten Tagesordnung betreffend die Verhinderung der Missbräuche mit dem Abzeichen des Roten Kreuzes zu und beschloß, die nationalen Comites zum Studium von Mitteln aufzufordern, um nicht transportablen Vermöden Aufenthalt und Verpflegung an gesunden Orten zu finden.

Paris, 23. April. Die Gesamtzahl der hier verhafteten Anarchisten beträgt gegenwärtig 51; weitere Verhaftungen sollen heute Vormittag vorgenommen werden.

Paris, 24. April. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Konstantinopel ist der französische Botschaftsconsul in Diarbekir auf der Reise nach seinem Amtssitz zwischen Alexandria und Aleppo durch Räuber angegriffen worden. Ein ihm begleitender Kapitän wurde verwundet. Der französische Botschafter in Konstantinopel hat der Pforte davon sofort Anzeige gemacht.

Paris, 24. April. In den Departements Côte d'Or, Orne und Seine-et-Oise fanden heute Wahlen zum Senat statt. Es wurden drei Republikaner gewählt, darunter der ehemalige Minister Spuller, welcher in Côte d'Or gewählt wurde. Die Republikaner haben somit einen neuen Sitzen gewonnen.

Nach einer weiteren Meldung aus Aleppo ist der auf dem Wege nach Aleppo von Räubern angegriffene französische Botschaftsconsul in Diarbekir unverletzt in Aleppo angekommen. Die Verfolgung der Räuber ist im Gange.

Madrid, 23. April. Der von der Budgetkommission festgestellte Budgetentwurf veranschlagt die Einnahmen aus der Besteuerung des Handels mit geringwertigen Getränken auf 5 Millionen, die Einnahmen aus der Buschlagssteuer auf koloniale Erzeugnisse auf 2 Millionen, das Ertragsatz der Bündholzsteuer auf 4 Millionen und die Einnahmen aus der Umwandlung der Tabakmonopol-Gesellschaft auf 7 Millionen Pesetas. Die Budgetkommission

glaubt, daß hierdurch eine Mehreinnahme von insgesamt 15 bis 20 Millionen Pesetas erzielt werden wird.

Cetinje, 23. April. Die türkisch-montenegrinische Kommission für die Verhüttung des Grenzgebietes hat ihre Verhandlungen mit der Unterzeichnung eines Protokolls geschlossen, in welchem konstatiert wird, daß bei dem letzten aus einem Mißverständnis hervorgegangenen Konflikte weder auf Seiten der Albaneen noch auf Seiten der Montenegriner irgendwelche Absichtlichkeit obgewaltet habe.

Sofia, 25. April. Wie die "Agence Balcanique" meldet, entdeckte die Polizei vorgestern in Rustschuk in der Wohnung eines Armeniers vierzehn mit Explosivstoffen und Eisenstücke gefüllte Bomben. Etwa fünfzehn Personen wurden verhaftet. Es werden fortgesetzt außer in Rustschuk auch in anderen Donauhäfen so in Varna Haussuchungen gehalten. Der betreffende Armenier hatte Beziehungen zu zwei bulgarischen Emigranten. Aus der Untersuchung geht hervor, daß ein Theil der Bomben zu einem Attentat gegen den Sultan in Konstantinopel, der andere Theil gegen den Prinzen Ferdinand bestimmt war.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reibz. in mm;	Wind	Wetter.	Temp. i. Grad
23. Nachm. 2	758,1	NW stürmisch	bedeckt	+14,3
23. Abends 9	758,3	N mäßig	heiter	+ 8,9
24. Morgs. 7	757,7	W mäßig	heiter	+ 5,4
24. Nachm. 2	754,7	W stark	bedeckt	+ 7,5
24. Abends 9	755,0	W mäßig	heiter	+ 4,5
25. Morgs. 7	755,7	W stark	bedeckt	+ 5,3
' Nachmittags Regen.)		Vor- und Nachmittags Regen und		
Am 23. April		Fernwetter.		
Am 23.		Wärme-Maximum + 14,4° Cels.		
Am 24.		Wärme-Minimum + 8,4° =		
Am 24.		Wärme-Maximum + 11,1° =		
Am 24.		Wärme-Minimum + 3,2° =		

Am Dienstag, den 26. April d. J., Vorm. 10 Uhr, werde ich Schifferstraße 15, am Kleemann'schen Vollwerk, am Lager der Spediteure Brill und Tuch hier:

200 Zentner Virginischen Saatmais transito lagernd

für Rechnung dessen, den es angeht, öffentlich meistbietend versteigern.

Kajet, Gerichtsvollzieher.

Allen unseren Freunden und Bekannten sagen wir bei unserer Abreise nach Neuhaus i. W. ein herzliches Lebewohl.

Gorella nebst Frau.

6121

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Breslau, 23. April. Schluß fest.
Neue 3proz. Reichsleih 85 75, 3 1/2 proz. Q.-Pfandbr. 97,00, Konso. Türk. 19,70, Türk. Loos 75,25, 4proz. ung. Goldrente 93,40, Bresl. Diskontobank 94,00, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditbanken 171,00, Schles. Bankverein 109,40, Donnersmarckbüre 79,00, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Altten-Gefäßfabt., für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,00, Oberschles. Eisenbahn 54,50, Oberh. Werke 118,00, Böh. Westb. 301, Böh. Nordbahn 156,40, Franzosen 246 Galizien 181 1/4, Gotthardbahn 136,00, Lombarden 76 1/2, Büchel-Büchsen 144,30, Nordwestbahn 179 1/2, Kreditkassen 272 1/2, Darmstädter 135,20, Mittell. Kredit 96,10, Reichsb. 146,50, Dist. Kommandit 189,20, Dresden. Bank 140,00, Pariser Wechsel 81,175, Wiener Wechsel 170,60, jährliche Tabakrente 81,20, Bochum. Gußstahl 117,60, Dortmund. Union 56,80, Harpener Bergwerk 139,30, Hibernia

